



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 07.02.2024 – Auszug aus Drucksache 19/439 –

Frage Nummer 32 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Franz
Bergmüller**
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche genauen Vorschläge hat die Staatsregierung z. B. durch den Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger bei einem Telefonat gegenüber Vertretern der „Gegenwind“-Bewegung aus Mehring gemacht, damit diese sich bereit erklären, sich trotz des Ergebnisses des Bürgerbegehrens vom 28.01.2024 von 62,5 Prozent gegen Windkraftanlagen dennoch für eine „Kompromisslösung“ einzusetzen, mit dem Ziel dennoch Windkraftanlagen auf diesem Gemeindegebiet bauen und betreiben zu können, welche sonstigen Initiativen hat die Staatsregierung z. B. durch den Staatsminister Hubert Aiwanger bereits eingeleitet oder möchte sie in Zukunft einleiten, um Vertreter der „Gegenwind“-Bewegung in Mehring dazu zu bewegen, sich gegen das Ergebnis des Bürgerbegehrens vom 28.01.2024 zu stellen und aus welchem Grund hat Staatsminister Hubert Aiwanger Vertreter der „Gegenwind“-Bewegung zu einem Gespräch nach München eingeladen oder möchte diese in Zukunft einladen (bitte Zeitraum, oder wenn schon genauer vereinbart, den Zeitpunkt offenlegen)?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Ziel der Staatsregierung ist es, eine gute Lösung für die Menschen vor Ort und die Energieversorgung Bayerns zu finden. Grundlegende Voraussetzung hierfür ist es, den Austausch mit allen Interessensvertretern und somit auch der Bürgerinitiative zu suchen. Ganz wesentlich ist aber insbesondere auch der direkte Austausch mit den betroffenen Gemeinden und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Vorgaben von Seiten des Staatsministeriums gibt es dabei nicht.

Entsprechend hat Herr Staatsminister Hubert Aiwanger bereits den Kontakt mit der Bürgerinitiative aufgenommen.

Ebenso hat Herr Staatsminister Hubert Aiwanger bereits am 06.02.2024 mit Herrn Landrat Schneider und den Bürgermeister der betroffenen Gemeinden ausführlich gesprochen. Dieser Dialog unter Einbeziehung der BaySF und dem Projektierer

Qair wird fortgesetzt, um zügig Lösungsansätze zu finden. Zudem soll in einem vertieften Dialog zusammen mit den betroffenen Bürgern und Bürgerinnen ein Konzept gesucht werden, das die Menschen in der Region mittragen können.

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wird zudem weiter die Kommunikation und neutrale Beratung durch die Windkümmerer unterstützen.